

# Mehr Rückgrat, weniger Populismus!

Gemeinsame wirtschaftspolitische  
Positionen des deutschen  
Maschinen- und Anlagenbaus 2017





# Inhalt

- 2** Der VDMA im Profil
- 3** Mehr Rückgrat, weniger Populismus!  
Vorwort des VDMA-Präsidenten Carl Martin Welcker
- 4** Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik
- 6** Außenwirtschaft
- 8** Digitalisierung – Industrie 4.0
- 10** Energie
- 12** Europa
- 14** Fachkräftesicherung und Bildung
- 16** Forschung
- 18** Soziale Sicherung
- 20** Steuern
- 22** Technikpolitik
- 24** Umwelt
- 26** Zukunftsfähiger Staat
- 28** Weitere Informationen

# Der VDMA im Profil

## Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Mit über einer Million Beschäftigten im Inland, einer Produktion von 203 Mrd. € und einem Exportanteil von 76 % (Stand 2016) ist der deutsche Maschinen- und Anlagenbau größter industrieller Arbeitgeber und einer der führenden Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland. Mit Technik für Menschen liefern wir Lösungen für die vor uns liegenden Herausforderungen.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ist Interessenvertreter, Dienstleister und Ansprechpartner für rund 3.200 überwiegend mittelständisch geprägte Unternehmen und damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 38 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national wie international für seine Mitglieder ein. Er vertritt ihre Interessen konstruktiv und ist insgesamt dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich ab aus der Überzeugung, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte die unverzichtbare Basis darstellen für den von Innovationen und Investitionen getragenen, einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.



## Mehr Rückgrat, weniger Populismus!

# Populismus



Pünktlich zum Auftakt des Wahljahres 2017 erscheint die aktualisierte Fassung unserer wirtschaftspolitischen Positionen. Manches mag Ihnen bekannt erscheinen. Das liegt vor allem daran, dass Mammutaufgaben wie die Energiewende Politik und Wirtschaft unverändert beschäftigen – trotz gewisser Fortschritte in Teilbereichen. Einiges ist aber auch neu. Das liegt vor allem daran, dass wir uns gemeinsam

Herausforderungen stellen müssen, die bislang noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erfasst und bewältigt werden konnten – weder von der Wirtschaft noch von der Politik. So brauche ich etwa nur das Schlagwort „Industrie 4.0“ zu nennen, um damit sogleich eine ganze Kette ungelöster Fragen anzusprechen: Arbeit und Bildung, Forschung und Infrastruktur, Datenschutz und Datensicherheit – Industrie 4.0 betrifft ganz unmittelbar eine Vielzahl von Politikfeldern, auf denen mehr oder weniger dringend Handlungsbedarf besteht.

Neue politische Herausforderungen, so sagt man, suchen sich neue politische Mehrheiten. Ob dies zutrifft, darüber haben die Wähler im Herbst dieses Jahres zu entscheiden. Bis dahin werden sich die Parteien programmatisch positionieren. Unsere wirtschaftspolitischen Positionen können und sollen diesen wichtigen demokratischen Prozess begleiten. Der VDMA bietet im politischen Diskurs seine Expertise an, die auf der Erfahrung von rund 3.200 erfolgreichen Unternehmen des industriellen Mittelstands beruht. Ich würde mich freuen, wenn die Politik gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl und die Bildung einer neuen Regierung unser Angebot wahrnimmt.



Carl Martin Welcker  
VDMA-Präsident

# Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik

## Daten und Fakten

- Deutschland ist in der Europäischen Union zweitester Maschinenbau-Standort: Arbeitskosten pro Stunde<sup>1</sup> 42,80 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert im Maschinenbau (2014)<sup>2</sup> 25,8 %
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2015)<sup>2</sup> 58.064 €
- Erfolg von Arbeitsmarktreformen:  
Langzeitarbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung<sup>3</sup>

	2015	2005
– Deutschland	2,0 %	5,9 %
– EU (28)	4,5 %	4,1 %
- Hohe Bedeutung der Stammebelegschaft<sup>4</sup>:
  - Anteil geringfügig Beschäftigter im Maschinenbau unter 5 %
  - Anteil der Stellenangebote mit Befristung aus dem Maschinenbau ca. 12 %
- Zeitarbeit:
  - Rund 90 % der Maschinenbauer nutzen Zeitarbeit<sup>5</sup>
  - Verhältnis Zeitarbeitnehmer zu Stammebelegschaft (Zeitarbeitsquote) im Maschinenbau<sup>6</sup> 5 bis 6 %
  - Seit 1.11.2012 Branchenzuschläge für die M+E Industrie, gestaffelt nach Einsatzzeit 15 bis 50 %
- Selbständige Werkvertragsnehmer sind im Durchschnitt höher qualifiziert, verdienen besser und haben mehr Autonomie am Arbeitsplatz als abhängig Beschäftigte<sup>7</sup>
- Durchschnittliche Abfindungskosten in Europa (2014)<sup>8</sup>:

– Frankreich	43.985 €
– Deutschland	39.370 €
– Großbritannien	34.011 €
– Schweiz	19.126 €

<sup>1</sup>Quelle: VDMA-Schätzung, 2015

<sup>2</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>3</sup>Quelle: EUROSTAT

<sup>4</sup>Quelle: Bundesagentur für Arbeit

<sup>5</sup>Quelle: VDMA-Umfrage

<sup>6</sup>Quelle: VDMA-Schätzung, 2014

<sup>7</sup>Quelle: IW Köln

<sup>8</sup>Quelle: Deloitte

## VDMA-Position

**Internationale Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum und eine langfristige Beschäftigungssicherung benötigen ein dynamisches Umfeld, eine arbeitsteilige Wertschöpfung und einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die Digitalisierung erfordert moderne Rahmenbedingungen für ein Arbeiten 4.0. Dabei müssen mehr betriebliche und individuelle Gestaltungsspielräume eröffnet werden, um den Interessen von Arbeitgebern und Beschäftigten unkompliziert gerecht werden zu können. Pauschale gesetzliche Regelungen werden in Zukunft noch weniger die richtigen Antworten auf die neuen Herausforderungen sein können.**

- Arbeitszeitgesetz anpassen – insbesondere Ruhezeit flexibilisieren und auf wöchentliche Höchstarbeitszeit umstellen
- Home-Office, Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Jobsharing oder Weiterbildung – Ausgangspunkt für individuelle Lösungen muss die betriebliche Ebene sein
- Flexibilität des Arbeitsmarktes erhalten und ausweiten
  - Keine weitere Regulierung von Zeitarbeit und Befristungen
  - Reform des Kündigungsschutzes mit einer optionalen Abfindungsregelung und einer Wartezeit von 18 Monaten
- Werk- und Dienstverträge als Grundlage für Wissens- und Innovationsnetzwerke in einer arbeitsteiligen Wirtschaft anerkennen
- Koalitionsfreiheit schützen – keine systematische Benachteiligung nicht-tarifgebundener Unternehmen
- BetrVG überarbeiten – keine Ausweitung der Mitbestimmung
- Legalisierung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
- Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages
  - Größere betriebliche Gestaltungsspielräume
  - Reduzierung auf echte Mindestbedingungen
  - Stärkere Tarifspreizung im Niedriglohnbereich
- Anpassung des Entgelt- und Sicherungssystems an tendenziell späteren Ausstieg aus dem Berufsleben, behutsame Abkehr vom Senioritätsprinzip, weiterer Ausbau der „Flexi-Rente“
- Frauenförderung primär durch gezielte Qualifizierung für Führungspositionen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Keine zusätzlichen Belastungen z. B. durch die Einführung einer „Anti-Stress-Verordnung“ oder des Entgeltgleichheitsgesetzes

# Außenwirtschaft

## Daten und Fakten

- Zunehmende Internationalisierung der deutschen Wirtschaft:

	2015	2005
– Exportanteil am BIP <sup>1</sup>	39,5 %	34,2 %
– Importanteil am BIP <sup>1</sup>	31,3 %	27,3 %
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im Ausland (2014)	rund 958 Mrd. €	
- Neue Herausforderungen für die traditionelle Welthandelsordnung durch Handel mit Dienstleistungen sowie digitalen Produkten und elektronisch vertriebenen Waren
- Deutsches Exportvolumen (2015) 1.196 Mrd. €
- Maschinenbau (2015)<sup>2</sup>:

– Exportvolumen	156 Mrd. €
	(2014: 152 Mrd. €)
– Exportquote <sup>3</sup>	77,4 %
	(2014: 76,3 %)
– Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import)	94 Mrd. €
	(2014: 92 Mrd. €)
– Welthandelsanteile <sup>4</sup>	
Deutschland	15,4 %
China	13,5 %
USA	11,4 %
Japan	8,5 %
– Deutsche Anbieter sind Weltmarktführer in 18 von 31 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus	
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im ausländischen Maschinenbau (2014)	30,2 Mrd. €
- Exportkreditgarantien des Bundes (2015)

– Summe	25,8 Mrd. €
– Davon 75 % für Lieferungen in Schwellen- und Entwicklungsländer	

<sup>1</sup>vorläufig

<sup>2</sup>Quelle: VDMA

<sup>3</sup>Export in Prozent der Produktion

<sup>4</sup>Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer



## VDMA-Position

**Die Wirtschaftspolitik muss sich aktiv für die Wettbewerbsposition der Investitionsgüterindustrie einsetzen – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Europa und die Welt – das Auslandsengagement der deutschen Investitionsgüterindustrie spiegelt das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft wider. Der konjunkturelle Abschwung in den BRIC-Märkten hat zudem den deutschen Maschinenbauern die Notwendigkeit aufgezeigt, neue Märkte zu erschließen. Trotz nach wie vor positiver Entwicklungen im Welthandel werden die Vorteile der Globalisierung zunehmend durch Handelskonflikte und politisch motivierte Einschränkungen konterkariert.**

- Öffentliches Bewusstsein für die Vorteile offener Märkte für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitnehmer schaffen
- Freihandel fördern, Protektionismus konsequent bekämpfen
  - WTO als Garant für freien Welthandel stärken
  - Pragmatische Ansätze zur Auflösung des Stillstands in der Doha-Runde finden, z. B. durch Sektorabkommen
- Abschluss von bilateralen Freihandelsabkommen, solange keine WTO-Einigung möglich ist
  - Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigen
  - Auf wichtige Märkte konzentrieren
- Wettbewerbsgerechte Ausgestaltung der Hermes-Deckung
  - Schnelles und schlankes Angebot an Exportfinanzierung für kleinere Auftragswerte schaffen
  - Vergleichbare Bedingungen für Exportkreditversicherungen in OECD- und Nicht-OECD-Ländern herstellen
- Außenwirtschaftspolitik als Aufgabe ersten Ranges verstehen
  - Außenwirtschaftsbürokratie abbauen
  - Auslandsmessepolitik weiterhin verlässlich und nachfrageorientiert gestalten, an regionale Entwicklungen und Kostensteigerungen anpassen.
  - Markteintritt in neue Märkte, z. B. Afrika, stärker flankieren
- Exportkontrolle verbessern
  - Rechtslage vereinfachen, überzogene EU-Kontrollen abwehren
  - Keine Verschärfung der EU Dual-Use-Kontrolle, z. B. zum „Schutz der Menschenrechte“ sowie zur „Terrorismusbekämpfung“

# Digitalisierung – Industrie 4.0

## Industrie 4.0

### Daten und Fakten

- Von Industrie 1.0 zu Industrie 4.0<sup>1</sup>:
  - 1784 erster mechanischer Webstuhl (Industrie 1.0)
  - 1870 erstes Fließband (Industrie 2.0)
  - 1969 erste speicherprogrammierbare Steuerung (Industrie 3.0)
  - 2011 Cyber Physical System (Industrie 4.0)
- Maschinen- und Anlagenbau ist sowohl Anbieter und Anwender von Industrie-4.0-Technologien als auch Datenlieferant für die Industrie 4.0. Die Daten der Maschinen werden erfasst, verstanden, interpretiert und in Innovation übersetzt
- Ausgangssituation für den Industriestandort Deutschland
  - Marktführerschaft im Maschinen- und Anlagenbau
  - Weltweit beachtete IT-Kompetenz
  - Innovationsführerschaft in Embedded Systems und der Automatisierungstechnik
- Industrie 4.0 ist im Maschinen- und Anlagenbau angekommen: Im Readiness-Check der IMPULS Stiftung sind 41,5 % der VDMA Mitgliedsunternehmen Fortgeschrittene beim Thema Industrie 4.0<sup>2</sup>
- Deutsche Maschinenbauprodukte bestehen im Durchschnitt zu 30 % aus Software und Automatisierungstechnik<sup>3</sup>
- Internet der Dinge: Schon heute sind geschätzt 17 Milliarden Geräte über das Internet vernetzt. Bis 2020 können es 28 oder sogar 50 Milliarden sein<sup>4</sup>
- Ein Drittel der Unternehmen hat eine dezidierte Digitalisierungsstrategie, und ein weiteres Viertel will bis 2019 eine Digitalisierungsstrategie einführen<sup>5</sup>
- Neue datenbasierte Geschäftsmodelle werden 2020 mehr als 10 % zum Umsatz beitragen (bisher 3 %)<sup>6</sup>

<sup>1</sup>Promotorengruppe Kommunikation der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft (Hrsg.), Deutschlands Zukunft als Produktionsstandort sichern, Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt, Industrie 4.0, S. 17, 2013

<sup>2</sup>Ergebnisse der Zugriffsauswertung „Industrie 4.0-Readiness Online-Selbst-Check für Unternehmen“ (<https://www.industrie40-readiness.de>), Stand Oktober 2016

<sup>3</sup>VDMA-Trendstudie 2015: IT und Automation im Maschinenbau

<sup>4</sup>Quelle: Massachusetts Institute of Technology, Ericsson, Cisco

<sup>5</sup>Studie IMPULS Stiftung „Digital-vernetztes Denken in der Produktion“, 2016

<sup>6</sup>VDMA/McKinsey-Studie „How to succeed: Strategic options for European Machinery“, 2016

## VDMA-Position

**Das Internet verändert die Lebens- und Arbeitswelt radikal. Die industrielle Produktion ist vom Wandel durch Digitalisierung nicht ausgenommen. Dem Maschinen- und Anlagenbau kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Eine intelligenterere Produktion und neue Geschäftsmodelle werden durch Industrie 4.0 möglich und entstehen bereits. Aber der Entwicklungsweg ist und bleibt anspruchsvoll. Nur im Schulterschluss mit Gesellschaft und Politik können die Anforderungen an Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Qualifizierung, Normen und Standards, Rechts- und Datensicherheit erfüllt werden. Deutschland muss sich als Leitmarkt und -anbieter positionieren.**

- Infrastruktur flächendeckend und leistungsstark ausbauen
  - Ausbauziel der Bundesregierung (50 Mbit bis 2018) nur als Zwischenziel, perspektivisch werden 1 Gbit und mehr benötigt
  - Vectoring ist Brückentechnologie, Quasimonopole vermeiden
  - Symmetrische Up- und Downloadraten
  - Geringe Latenz bei der Datenübertragung
- Industrie 4.0 europäisch, besser noch global denken
  - EU-Binnenmarkt für Produkte und Fabriken schaffen
  - Rahmenbedingungen für faire Datenwirtschaft gestalten
- Industrie 4.0 Forschung stärken
  - Ausbau der industriellen Gemeinschaftsforschung
  - Transfer durch eine breitenwirksame Innovationsplattform
  - Grenzüberschreitende Testumgebungen schaffen
- Industrie 4.0 nur mit Security denken
  - Weltweite Harmonisierung notwendig
  - „Security by Design“ fordern und fördern
- Legislative Schnellschüsse vermeiden, Raum für Innovationen lassen
  - Evaluierung des derzeitigen Rechtsrahmens EU-weit durchführen
  - Vertragsautonomie achten
- Weiterbildung ausbauen und Neuqualifizierung fördern, insbesondere Softwarekompetenz ausbauen
- Standardisierung als Schlüssel zur Umsetzung
  - Anerkannte Standards schaffen und in Testumgebungen validieren
  - Kooperation von nationalen und internationalen Normungsgremien mit bestehenden Industriekonsortien stärken

## Daten und Fakten

- Anteil Kosten durch Energieverbrauch am Bruttoproduktionswert in Deutschland (2014)<sup>1</sup>
  - Maschinenbau 1,0 %
  - Verarbeitendes Gewerbe 1,9 %
  - Herstellung von Chemischen Erzeugnissen 4,2 %
- Anteile der Energieträger an der Bruttostromerzeugung in Deutschland (2015)<sup>2</sup>
  - Braunkohle 24,0 %
  - Steinkohle 18,3 %
  - Kernenergie 14,2 %
  - Windenergie 12,3 %
  - Erdgas 9,4 %
  - Biomasse 6,9 %
  - Photovoltaik 6,0 %
  - Wasserkraft 2,9 %
  - Sonstige 6,9 %
- Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Stromverbrauch in Deutschland<sup>2,3</sup>
  - 2015 32,4 %
  - 2050 (Ziel der Bundesregierung) 80 %
- Strompreise für die Industrie (2015/2016), Indexwerte<sup>4</sup>
  - Polen 52
  - Frankreich 60
  - EU (28) 71
  - Italien 92
  - Deutschland 100
- EEG-Differenzkosten (2015)<sup>5</sup> 23,5 Mrd. €

<sup>1</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>2</sup> Quelle: AG Energiebilanzen e.V., vorläufig

<sup>3</sup> Quelle: Energiekonzept der Bundesregierung

<sup>4</sup> Quelle: EUROSTAT, durchschnittliche monatliche Stromkosten (inkl. Steuern) von Industrieunternehmen mit 500 – 2.000 MWh Jahresverbrauch, teilweise geschätzt, eigene Berechnung

<sup>5</sup> Quelle: EEG-Jahresabrechnung 2015 der Übertragungsnetzbetreiber

## VDMA-Position

**Der Maschinen- und Anlagenbau bedarf verlässlicher, konsistenter energiepolitischer Rahmenbedingungen. Mit modernsten Technologien leistet er einen aktiven Beitrag zur Realisierung der nationalen und internationalen Energiewende und damit zum Klimaschutz. Energieversorgung und effiziente Energienutzung entlang der gesamten Wertschöpfungskette sowie die Systemintegration aller Elemente sind wesentliche Kernkompetenzen.**

- Marktwirtschaftlichen Instrumenten den Vorrang vor ordnungsrechtlichen Eingriffen geben
- Energiewende technologieneutral, energieeffizient, sektorenübergreifend und digitalisiert voranbringen
  - Politikziele Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen
  - Industriestruktur Deutschlands nicht gefährden
  - Strom, Wärme, Kälte und Antriebsenergie sektorübergreifend erzeugen und flexibel nutzen, Effizienzpotenziale heben
  - Digitalisierung umfänglich und nachdrücklich vorantreiben
- Probleme des Energiemarktes beheben
  - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren, dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß einen realistischen Preis geben
  - Umweltfreundliche Technologien wettbewerbsfähig machen, staatliche Eingriffe müssen strengen Kriterien unterliegen
- Energieversorgung klimafreundlich und zukunftsfähig gestalten
  - Ausbaupfade der erneuerbaren Energien konsequent weiterverfolgen, Sektorkopplung berücksichtigen
  - Bestehenden Kraftwerkspark durch Flexibilisierung und treibhausgasneutrale Brennstoffe zukunftsfähig machen
  - Mit alternativen Antriebs- und Kraftstoffoptionen die Energiewende im Verkehr ermöglichen
- Energieeffizienz als zentraler Bestandteil der Energiewende
  - Aufkommens- und technologieneutrale, auf Freiwilligkeit basierende Investitionsanreize setzen
  - Stärker auf den Bestand in der Industrie und bei Gebäuden fokussieren, Lebenszykluskosten als Kriterium nutzen
  - Beratungsangebote im Industriesektor verbessern

## Daten und Fakten

- Deutscher Anteil am Maschinenbauumsatz der EU 28 (2015)<sup>1</sup> 40 %
- Deutsche Maschinenbau-Exporte in die EU 28 (2015)<sup>2</sup> 69,6 Mrd. €
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im Maschinenbau der EU 28 (2014)<sup>3</sup> 9,4 Mrd. €
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
  - Dauerhaft, seit Oktober 2012
  - Volumen über 500 Mrd. €
  - Ausgeschöpft zu 26 %
  - Deutsche Haftungsobergrenze 190 Mrd. €
- Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)
  - Befristet, seit 1. Juli 2013 in ESM überführt
  - Volumen 440 Mrd. €
  - Kreditvergabekapazität ausgeschöpft zu<sup>4</sup> 42 %
  - Deutsche Bürgschaft bis zu 253 Mrd. €
- Staatlicher Schuldenstand in EU-Ländern (2015)<sup>5</sup> zum BIP
  - Europäische Union (28) 85,2 %
  - Euroraum (19) 90,7 %
  - Niederlande 65,1 %
  - Deutschland 71,2 %
  - Frankreich 95,8 %
  - Italien 132,7 %
- Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung von derzeit 15 % bis 2020 auf 20 % zu erhöhen<sup>6</sup>
- 74 % der Europäer glauben, dass die EU zu viel Bürokratie schafft<sup>6</sup>

<sup>1</sup>Quelle: EUROSTAT, VDMA-Schätzung

<sup>2</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

<sup>3</sup>Quelle: Deutsche Bundesbank, Bestandserhebung über Direktinvestitionen

<sup>4</sup>Stand 31.08.2016

<sup>5</sup>Quelle: EUROSTAT

<sup>6</sup>Quelle: EU Kommission

## VDMA-Position

**Die Industrie in Europa ist nicht nur auf eine dauerhaft tragfähige Gemeinschaftswährung angewiesen, sondern benötigt darüber hinaus ein stabiles europapolitisches Umfeld, das Eigeninitiative fördert, die Innovationskraft stärkt und generell die Wettbewerbsfähigkeit steigert. Entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg einer europäischen industriellen Zukunftsvision wie Industrie 4.0 werden auf EU-Ebene geschaffen.**

- Solide Industriebasis in Europa sichern und ausbauen
  - Rahmenbedingungen für die Industrie verbessern und so europäische Wertschöpfungsketten erhalten und neue schaffen
  - Keine europäischen Champions durch staatlich getriebene Sektorenförderungen schaffen
  - Innovations- und Investitionshemmnisse durch Verbesserung des Binnenmarkts abbauen
  - Industrielle Basis in Europa sichern, Industrieanteil auf mindestens 20 % erhöhen
- Euro stabilisieren und Reformdruck aufrechterhalten
  - Maschinen- und Anlagenbau setzt auf die Zukunft des Euro
  - Krisenländer müssen Strukturreformen konsequent umsetzen, keine Ausnahmen vom Stabilitätspakt zulassen
  - Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene
  - Keine dauerhafte Finanzierung von Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank
- Flüchtlingskrise europäisch lösen
  - Flüchtlingsströme EU-weit koordinieren und gemeinsames EU-Asylrecht entwickeln
  - Dauerhafte Einschränkung des Schengen-Abkommens vermeiden
- Brexit schnell umsetzen und Sonderbehandlung Großbritanniens vermeiden
  - Verhandlungen zügig beginnen, effizient durchführen
  - Handelsbeschränkungen minimieren aber keinen Präzedenzfall für Nachahmer schaffen
- EU-Energieunion konsequent verwirklichen

# Fachkräftesicherung und Bildung

## Daten und Fakten

- Maschinenbau ist einer der größten Arbeitgeber für Ingenieure
  - Über 191.000 Ingenieure, davon 7,5 % Ingenieurinnen<sup>1</sup>
  - Anteil der Ingenieure an den Beschäftigten im Maschinenbau insgesamt<sup>1</sup> 16,7 %
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an deutschen Hochschulen<sup>2</sup>
  - Maschinenbau (Universität) 36 %
  - Maschinenbau (Hochschule f. angew. Wissenschaft) 31 %
- Überdurchschnittliches Engagement des Maschinenbaus in der dualen Ausbildung<sup>3</sup>
  - Ausbildungsquote Maschinenbau (2015) 6,5 %
  - Ausbildungsquote Verarbeitendes Gewerbe (2015) 5,2 %
  - Anteil Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2013) 41,5 %
  - Anteil Ausbildungsbetriebe Verarb. Gewerbe (2013) 33,1 %
- Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs im Maschinenbau
  - durchschnittliche Vakanzzeiten von über 100 Tagen von offenen Stellen im fertigungstechnischen Bereich<sup>4</sup>
  - 13 % der Maschinenbau-Unternehmen konnten 2013/14 nicht alle Ausbildungsplätze besetzen<sup>5</sup>
- Ungenutzte Fachkräftepotenziale im In- und Ausland
  - Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss<sup>6</sup> 5,7 %
  - Über 250.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung<sup>7</sup>
  - 2012 studierten 6,35 % der weltweit 4,5 Mio. Auslandsstudenten in Deutschland (2000: 9 %)<sup>8</sup>
  - Anteil ausländischer Studierender in Maschinenbau/Verfahrenstechnik im Wintersemester 2015/2016<sup>6</sup> 16,0 %

<sup>1</sup> Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung 2016

<sup>2</sup> Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, 2014

<sup>3</sup> jeweils 31.12.; Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BIBB

<sup>4</sup> Juni 2016; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

<sup>5</sup> Quelle: VDMA

<sup>6</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>7</sup> Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

<sup>8</sup> Quelle: OECD



## VDMA-Position

**Qualifizierte Mitarbeiter sind ein entscheidender Faktor für den Erfolg des Maschinen- und Anlagenbaus. Mit Industrie 4.0 wird der bestehende Trend zur Höherqualifizierung weiter zunehmen. Schon heute fehlt es regional an qualifiziertem Nachwuchs bei Ingenieuren und vor allem bei Facharbeitern. Brachliegende Potenziale im Inland müssen deshalb erschlossen, Flüchtlinge qualifiziert und geeignete Zuwanderer gewonnen werden. Bei der Fachkräftesicherung kommt dem Staat mit seinen Bildungsinstitutionen eine Schlüsselrolle zu.**

- Studium
  - Qualität der Lehre in den Ingenieurwissenschaften verbessern
  - Abbruchquoten in den Ingenieurwissenschaften intelligent und ohne Qualitätsverlust reduzieren
  - Informatikkompetenzen (Industrie 4.0) erhöhen
  - Bachelor als berufsqualifizierenden Abschluss stärken
- Berufliche Bildung
  - Duale Ausbildung erhalten und stärken
  - Berufsstand der Facharbeiter wertschätzen
  - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
- Allgemeine schulische Bildung
  - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
  - Technik-, Informatikkompetenzen und Berufsorientierung stärken
- Weiterbildung
  - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
  - Generationenübergreifenden Wissenstransfer sicherstellen
- Inländische Beschäftigungspotenziale
  - Anteil junger Menschen ohne Abschluss reduzieren
  - Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen – mehr Betreuungsangebote
  - Qualifizierte ältere Mitarbeiter länger beschäftigen
- Qualifizierte Zuwanderung/Flüchtlinge
  - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschlands erhöhen
  - Im Ausland erworbene Kompetenzen anerkennen, formale Hürden für den Verbleib qualifizierter Ausländer abbauen
  - Asylsuchende mit Bleiberecht qualifizieren und ihnen den schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen

## Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Forschungsausgaben in Deutschland<sup>1</sup> über zwei Drittel
- Interne Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für Forschung und Entwicklung 2015<sup>1</sup> 62,4 Mrd. €  
 Anteil des Maschinenbaus daran 9,2 %
- Zuwachs des FuE-Personals im Maschinenbau 2015<sup>1</sup> 3 %
- Zuwachs der internen FuE-Aufwendungen des Maschinenbaus 2016 (Plan)<sup>1</sup> 3,5 %
- Eigenfinanzierungsanteil der gesamten FuE-Aufwendungen 2013<sup>1</sup> (in Klammern Staatsanteil)
  - Maschinenbau 97,5 % (2,0 %)
  - Wirtschaft insgesamt 96,3 % (3,5 %)
- Hohe Innovationskraft und technische Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus
  - Einer der größten Ingenieurarbeitgeber: 191.000 Ingenieure im Jahr 2016<sup>2</sup>
  - Innovation ist Forschung, Entwicklung und Konstruktion: 48 % der Ingenieure arbeiten in diesem Bereich<sup>2</sup>
  - Innovationsaufwendungen des Maschinenbaus: 13,5 Mrd. € (2014), 5,6 % des Umsatzes<sup>3</sup>
  - Anteil Unternehmen mit Innovationen (2014)<sup>3</sup> 67 %
  - 22 % des Branchenumsatzes im Jahr 2014 wurde mit Produktneuheiten generiert
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (2004 – 2013)<sup>4</sup>
  - Deutschland 24 %
  - USA 19 %
  - Japan 18 %
- Ca. 300 Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen

<sup>1</sup>Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

<sup>2</sup>Quelle: VDMA Ingenieurerhebung

<sup>3</sup>Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

<sup>4</sup>Quelle: EUROSTAT, 2016, vorläufig

## VDMA-Position

**Forschung und Innovation liegen im ureigenen Interesse der Unternehmen und dienen zudem der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Der Staat sollte sie dabei mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen unterstützen, darf jedoch nicht lenkend eingreifen. Mit seinen Produkten und Dienstleistungen sichert der Maschinen- und Anlagenbau die Wettbewerbsfähigkeit seiner Kunden und bietet innovative Lösungen für die drängenden Herausforderungen unserer Zeit. So ist der Maschinen- und Anlagenbau Schlüsselindustrie für das Gelingen von Industrie 4.0, der Mobilität von morgen und Ressourceneffizienz. Dabei werden neueste Technologien integriert und zur Anwendung gebracht – z. B. aus der Sensorik, Elektronik, der Industrial IT und der Künstlichen Intelligenz.**

- Einführung einer allen Unternehmen offenstehenden steuerlichen Forschungsförderung
- Nachhaltiger finanzieller Ausbau der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) des BMWi
- Stärkung der breitenwirksamen Verbund- und Produktionsforschung
- Optimierte Förderverfahren und breitenwirksamer Ergebnistransfer insbesondere zu KMU durch Innovationsplattformen wie die Effizienzfabrik
- Unternehmensfreundliche Gestaltung der europäischen Forschungsförderung („Horizont 2020“ und 9. Rahmenprogramm)
  - Vorwettbewerblichkeit und Breitenwirksamkeit sicherstellen
  - Kollaborative, grenzüberschreitende Industrieforschung stärken
- Zugang des industriellen Mittelstands, insbesondere der „Midrange Companies“ mit 250 bis 1.000 Mitarbeitern, zu den Fördermaßnahmen in Deutschland und der EU verbessern
- Innovationsschutz: Stärkung der gewerblichen Schutzrechte, Bekämpfung von Produktpiraterie und Wirtschaftsspionage, Schutz von Unternehmensdaten und Betriebsgeheimnissen

# Soziale Sicherung

## Daten und Fakten

- Sozialausgaben auf hohem Niveau<sup>1</sup>

	2015	2009
– Insgesamt (Mrd. €)	888	750
– Je Einwohner (€)	10.808	9.168
– Anteil am BIP (%)	29,4	30,5
- Lohnzusatzkosten:  
Summe der Beitragssätze zur Sozialversicherung (2017)<sup>2</sup> 39,95 %
- Bundeszuschuss zur Rentenversicherung insgesamt (2015)<sup>3</sup>:

– Absolut (Mrd. €)	67,7
– Anteil an gesamten Renteneinnahmen	24,5 %
- (Erwarteter) Altersquotient<sup>4</sup>:

– 2020	38
– 2040	58
– 2060	65
- Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Deutschland (2015)<sup>3</sup>

– Insgesamt	61,9 Jahre
– Altersrenten	64,0 Jahre
– Durchschnittliche Rentenbezugsdauer (2015) <sup>3</sup>	19,6 Jahre
- Leistungsausgaben je Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung in €<sup>5</sup>

– 2015	2.857
– 2005	1.867
- Leistungsausgaben in der sozialen Pflegeversicherung in Mrd. €<sup>5</sup>

– 2015	25,5
– 2005	17,9

<sup>1</sup>Quelle: BMAS, Statistisches Bundesamt

<sup>2</sup>erwarteter Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil in Prozent des beitragspflichtigen Entgelts; Stand 11/2016

<sup>3</sup>Quelle: Deutsche Rentenversicherung

<sup>4</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt, über 65jährige in Prozent der Zahl der 20- bis 65-Jährigen

<sup>5</sup>Quelle: BMG

## VDMA-Position

**Effiziente Sozialversicherungssysteme sind – gepaart mit mehr Eigenverantwortung – nicht nur Voraussetzung für wettbewerbsfähige Lohnzusatzkosten, sondern auch einer wirtschaftlichen Mittelverwendung. Das sorgt für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen, dient dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Absicherung existenzieller Lebensrisiken in Deutschland. Statt mit einer rückwärts-gewandten Umverteilungspolitik die künftigen Generationen weiter zu belasten, müssen die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig und grundlegend reformiert und saniert werden.**

- Sozialbeiträge deckeln, Sozialkassen nicht zweckentfremden für Aufgaben der allgemeinen staatlichen Fürsorge
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit
- Reform der Rentenversicherung
  - Stabilisierung der gesetzlichen Rente zu einer Grundsicherung unter Wahrung bereits erworbener Anwartschaften
  - Renteneintrittsalter an steigende Lebenserwartung anpassen, Anreize für freiwilligen späteren Renteneintritt setzen
  - Versicherungsmathematisch korrekte Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn
  - Ermutigung zu kapitalgedeckter Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung
- Reform der Krankenversicherung
  - Wettbewerb zwischen den Kassen forcieren
  - Entkoppelung von Arbeitsverhältnis und Versicherung – Beiträge in Form einer Bürgerpauschale, Sozialausgleich im Rahmen des Steuer- und Transfersystems
  - Bessere Anreize für kostenorientiertes Verhalten der Patienten durch Kostentransparenz und Selbstbeteiligung
- Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten
  - Beachtung des Lohnabstandsgebots
  - Anreize zur Arbeitsaufnahme durch bessere Zuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II

## Daten und Fakten

	2016 <sup>1</sup>	2006	1996
• Staatsquote <sup>2</sup>	44,1 %	44,6 %	48,8 %
• Abgabenquote <sup>2</sup>	38,8 %	38,5 %	40,6 %
• Steuerquote <sup>2</sup>	23,4 %	22,6 %	21,8 %
• Schuldenstandsquote <sup>2</sup>	67,9 %	66,5 %	57,7 %
• Zinssteuerquote <sup>3</sup>	5,8 %	12,9 %	15,0 %
• Die Nettoumsatzrendite (Jahresergebnis in % der Gesamtleistung) lag 2014 im Maschinenbau bei 4,1 % <sup>4</sup> . Von den erfassten Unternehmen hatten <ul style="list-style-type: none"> <li>– 50 % eine Nettoumsatzrendite von höchstens 3,2 %</li> <li>– 25 % eine Nettoumsatzrendite von höchstens 0,8 %</li> </ul>			
• Gewerbesteuer <sup>5</sup> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz</li> <li>– Knapp 5 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens</li> </ul>			
• Steuer- und Abgabenlast eines mittelständischen Unternehmens im Jahr 2014 (Anteil vom Gewinn) <sup>6</sup> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Deutschland 48,8 %</li> <li>– Welt 40,8 %</li> </ul>			
• Zeit, die ein mittelgroßes Unternehmen mindestens dafür aufwendet, seine Steuerschuld zu berechnen, Steuererklärungen anzufertigen und Steuern abzuführen <sup>6</sup> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Deutschland 218 Stunden</li> <li>– Großbritannien 110 Stunden</li> <li>– Frankreich 137 Stunden</li> <li>– USA 175 Stunden</li> </ul>			

<sup>1</sup>Prognosen Sachverständigenrat bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)

<sup>2</sup>Quelle: Sachverständigenrat, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen

<sup>3</sup>Quelle: Sachverständigenrat, Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen

<sup>4</sup>hochgerechneter Wert; Quelle: Deutsche Bundesbank

<sup>5</sup>Quelle: BDI/VCI, Bundesministerium der Finanzen

<sup>6</sup>Quelle: Paying Taxes 2016, PWC / Weltbank

## VDMA-Position

**Die fehlende Einsicht in die Notwendigkeit einer wettbewerbsgerechten Steuerpolitik gefährdet die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland. Das Steuerrecht muss mit international konkurrenzfähigen Steuersätzen, einem systematischen, einfachen Steuerrecht, schnelleren Abschreibungsmöglichkeiten sowie einer steuerlichen Forschungsförderung einen Beitrag für mehr Wachstum leisten. Steuererhöhungen können wir uns in dieser Situation nicht leisten – Substanzsteuern schon gar nicht!**

- Leistungsträger der Gesellschaft nicht überfordern, Unternehmer nicht durch weitere Steuererhöhungen belasten
- Reform des Einkommensteuertarifs – Abflachung des sog. „Mittelstandsbauchs“ durch niedrigere Grenzsteuersätze
- Steuerstrukturreform verwirklichen, Konsolidierungserfolge sinnvoll nutzen, Steuerbürokratie abbauen
  - Faire Regelungen für international tätige Unternehmen zur Eindämmung von Gewinnverlagerungen (BEPS Aktionsplan) – Vertraulichkeit von Geschäftsdaten wahren
  - Mehr Transparenz bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen und Ausrichtung an der Freistellungsmethode
  - Marktgerechte Verzinsung von Steuerforderungen und Pensionsrückstellungen
  - Angemessene Verlustverrechnungsmöglichkeiten für operativ entstandene Verluste – Beibehaltung des ungekürzten Verlustvortrags, Abschaffung Mindestbesteuerung, Ausweitung des Verlustrücktrags
  - Ersatz der Gewerbesteuer durch ein Zuschlagsrecht der Gemeinden auf die Einkommen-/Körperschaftsteuer
- Stärkung von Investitionen und Innovationen
  - Unbefristete Wiedereinführung der 25%igen degressiven Abschreibung auf Anlageinvestitionen
  - Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für alle Unternehmen
  - Finanzierungsneutralität durch Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Eigenkapitalzinsen

## Daten und Fakten

- Marktüberwachung
  - Von den 157 RAPEX-Meldungen des Jahres 2015, die von Deutschland ausgingen, betrafen lediglich drei Meldungen Maschinen für Gewerbe und Verbraucher
- Technische Handelshemmnisse
  - Im Zweifelsfall relevant für jede Lieferung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)
  - Marktvolumen dieser Lieferungen allein im Maschinenbau in Deutschland über 83 Mrd. € (2015)
- „New Legislative Framework“ (NLF)
  - Umfasst ca. 30 Rechtsvorschriften für die CE-Kennzeichnung
  - Elf der bestehenden Rechtsvorschriften wurden bereits an den NLF angeglichen
- Konformitätsbewertungsverfahren durch den Hersteller
  - 95 % der Hersteller im Maschinenbau führen das Konformitätsbewertungsverfahren zum Nachweis der gesetzlichen Anforderungen selbst durch (Selbsterklärung)
- Normung als strategisches Element für eine starke Weltmarktstellung des Maschinenbaus
  - Trägerschaft der DIN-Normenausschüsse Maschinenbau (NAM) und Werkzeugmaschinen (NWM) mit ca. 3.000 nationalen und internationalen Normen, über 200 Gremien mit ca. 2.000 Experten
  - Ausrichtung auf die speziellen Bedürfnisse des mittelständischen Maschinenbaus (Anteil KMU 85 %)
  - Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarkts: Verantwortung für mehr als 700 harmonisierte Normen zur EG-Maschinenrichtlinie
  - Erstellung von technischen Spezifikationen des Maschinenbaus (über 250 VDMA-Einheitsblätter)



## VDMA-Position

**Die Gesetzgebung zur Produktsicherheit bestimmt die Zugangsbedingungen auf den Investitionsgütermärkten wesentlich – in Europa und weltweit. Diese Gesetze müssen schlank, praxistauglich und innovationsfreundlich sein. Der „New Legislative Framework“ ist das entsprechende Erfolgsmodell, das auch international genutzt werden sollte.**

- Anwendung der bewährten Prinzipien des „New Legislative Framework“ auf Produktsicherheit und Arbeitsschutz
- Freier Warenverkehr durch einheitliche Anwendung und einheitlichen Vollzug der Binnenmarktvorschriften im Europäischen Wirtschaftsraum
- Fairer Wettbewerb und Marktüberwachung
  - Stärkung der staatlichen Marktüberwachung
  - Beibehaltung und Verstärkung physischer Kontrollen der Produkte statt einer Konzentration auf Konformitätsunterlagen
  - Keine Pflicht zum Einstellen von Herstellerunterlagen in eine Datenbank
  - Keine Dritt-Zertifizierung als Ersatz für Marktüberwachung
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Harmonisierung von Marktzugangsbedingungen
  - Praxisnahe und innovationsfreundliche Norminhalte
  - Normung als marktkonformes Instrument der Selbstkoordination der Wirtschaft
- Stopp der Zertifizierungsflut, keine weiteren Zertifizierungsgrundlagen, auch nicht durch Managementsystemnormen
- Marktgerechte und wettbewerbsfördernde Gesetzgebung und Normung auf europäischer und internationaler Ebene zur Vermeidung einer Zersplitterung der Märkte
  - Stärkung der Eigenverantwortung der Unternehmen
  - Vermeidung von Dritt-Zertifizierung
  - Transparente und einheitliche Regeln für internationalen Handel durch Verzicht auf nationale Bestimmungen

## Daten und Fakten

- Vorreiterrolle Deutschlands im Umweltschutz – messbare Fortschritte bei der Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch
- Industrie als Partner bei der Realisierung der angestrebten Umweltziele in Deutschland
  - Verringerung der Emission von Treibhausgasen 1990 bis 2014 insgesamt um 27 %, allein in der Industrie um 37 %<sup>1</sup>
  - Umsatz mit Umweltschutzgütern (2014)<sup>2</sup> 65,4 Mrd. €  
darunter Maschinenbau sowie Reparatur und Installation von Maschinen/Ausrüstungen 19,7 Mrd. €
  - Exportweltmeister bei Umweltschutzgütern (2013)<sup>3</sup>  
Exportvolumen rund 50 Mrd. €  
Welthandelsanteil 14,8 % (China 14,4 %, USA 11,8 %)
  - Investitionen der Industrie in den Umweltschutz (2013)<sup>2</sup> 7,5 Mrd. €
  - Starke Position bei Umweltinnovationen: Gemessen am Anteil an den internationalen Patentanmeldungen zählt Deutschland in allen Umweltbereichen zu den wichtigsten Patentanmeldern<sup>3</sup>
- Mit gut 8.200 Unternehmen mit ISO 14001 ist Deutschland einer der europäischen Vorreiter<sup>4</sup>
- Aktiver und wirksamer Beitrag des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus zum Umwelt- und Ressourcenschutz
  - Umweltschonende Fertigung in den eigenen Betrieben
  - Anbieter von Lösungen für die nachhaltige Welt von morgen (ca. 400 Unternehmen haben sich der Blue Competence Initiative angeschlossen)
  - Anbieter umwelttechnischer Anlagen, Ausrüstungen und Maschinen zur Vermeidung und Reduzierung schädlicher Umwelteinwirkungen
  - Rund 55.000 und damit 22 % aller Beschäftigten für den Umweltschutz arbeiten im Maschinenbau (2014)<sup>2</sup>

<sup>1</sup>Quelle: Umweltbundesamt

<sup>2</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>3</sup>Quelle: BMU/Umweltbundesamt (Hrsg.), NIW/ISI 2015

<sup>4</sup>Quelle: International Organization for Standardization (ISO)

## VDMA-Position

**Der Schutz der Umwelt und die Verringerung des Ressourcenverbrauchs sind ohne moderne Anlagen und Technologien des Maschinen- und Anlagenbaus nicht machbar. Dies gilt sowohl für die eigene Produktion als auch für die hergestellten Produkte. Dank seiner innovativen Lösungen hilft er den Unternehmen aller Branchen ressourcenschonend und umweltverträglich zu produzieren. Die Lösung von Umweltproblemen gelingt dabei am besten, wenn Umweltpolitik mehr auf Wettbewerb und Innovationsfähigkeit und weniger auf staatliche Regulierung setzt.**

- Reduzierung des Umweltrechts auf ein notwendiges Mindestmaß
- Bevorzugung marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz
- Technologieoffene Formulierung von politischen Zielvorgaben und Verzicht auf Implementierung des Top-Runner-Ansatzes
- Vollständige Harmonisierung der Umwelтанforderungen im Kontext der produktbezogenen Richtlinien, Nutzung der EG Öko-designrichtlinie nach Anpassung an den „New Legislative Framework“ (NLF)
- Gleichbehandlung von EMAS und ISO 14001 bei Verwaltungserleichterungen für Betriebe mit zertifizierten Umweltmanagementsystemen
- Anerkennung von freiwilligen Systemen zur Umweltverbesserung und Berichterstattung und damit einhergehend Verzicht auf die Einführung neuer Methoden wie z. B. verpflichtende Audits
- Entwicklung internationaler Standards in Gesetzgebung und Vollzug unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips
- Sach- und fristgerechte Eins-zu-eins-Umsetzung europäischer Vorschriften in nationales Recht, keine nationalen Sonderwege
- Keine Designlenkung durch produktbezogenen Umweltschutz
- Eindämmung der Kennzeichenflut
- Keine neuen verpflichtenden Datenbanken für Umweltinformationen (z. B. Energieeffizienzkenneichen)
- Bürokratieabbau durch weniger Dokumentationspflichten
- Stärkung der Betreiberverantwortung und Sicherung des Bestandschutzes bei der Neugestaltung von Regelungen im betrieblichen Umweltschutz

# Zukunftsfähiger Staat

## Daten und Fakten

- Deutsche Subvention nahe Rekordniveau<sup>1</sup>
  - Subventionsvolumen (2015) 168,7 Mrd. €
  - In Relation zum Bruttoinlandsprodukt 5,7 %
  - Pro Einwohner 2.104 €
- Starke Selektivität der Finanzhilfen<sup>1</sup>:
  - Über 80 % aller Subventionen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren
  - 63 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur vier Sektoren<sup>2</sup>, 39 % allein auf den Sektor Verkehr
- Bürokratiekosten der Wirtschaft<sup>3</sup>:
  - Erfüllungsaufwand ist seit 2011, dem Beginn der Erfassung, um rund 7,8 Mrd. € gestiegen, vor allem durch Einführung des Mindestlohns; den Hauptanteil (90 %) trägt die Wirtschaft
  - Weitere Einsparpotentiale vorhanden
- Staatsquote (2015)<sup>4</sup>: 44 %
- Umverteiler Staat:
  - Sozialleistungen pro Kopf (2015) 10.808 €
  - Anteil geleisteter Transfers an den Staatsausgaben über 60 %
- Staatsverschuldung (2015)<sup>5</sup> rund 2,2 Bio. €  
(71 % des jährlichen BIP)
  - Zinslast des Bundes (2015)<sup>6</sup> 6,8 % der Steuereinnahmen
- Bildungsausgaben in Prozent des BIP<sup>7</sup>:
  - Deutschland 4,3 %
  - OECD 5,2 %
- Schrumpfendes produktives Vermögen des Staates:  
Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre übersteigen die jährlichen Abschreibungen die Bruttoinvestitionen.
  - Anteil öffentliche Bruttoinvestitionen am BIP (2015)<sup>8</sup> 2,12 %  
(64 Mrd. €)

<sup>1</sup>Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Subventionen in Abgrenzung des Instituts

<sup>2</sup>Land- und Forstwirtschaft / Fischerei, Bergbau, Verkehr, Wohnungsvermietung

<sup>3</sup>Quelle: Normenkontrollrat

<sup>4</sup>Quelle: Sachverständigenrat, Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

<sup>5</sup>lt. Maastricht-Definition; Quelle: Deutsche Bundesbank

<sup>6</sup>Quelle: Sachverständigenrat

<sup>7</sup>2013; Quelle: OECD

<sup>8</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt

## VDMA-Position

**Der Staat muss seine Aufgaben, aber auch seine Grenzen kennen: Der Maschinen- und Anlagenbau braucht weder „Planwirtschaft“ noch einen „Nachtwächterstaat“. Gute Wirtschaftspolitik setzt auf die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen damit die Unternehmen sich im Wettbewerb bewähren können. Dabei müssen Bund, Länder und Kommunen solide wirtschaften, ein wachstumsfreundliches Umfeld schaffen, Anreize für Investitionen setzen, sich als Dienstleister für Bürger und Wirtschaft verstehen. Markt und Wettbewerb sind die besten Ratgeber für gute Politik.**

- Soziale Marktwirtschaft als politisches Leitbild
- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau
  - Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen
  - Subventionen nur in Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet, laufende öffentliche Erfolgskontrolle
  - Subventionen transparenter machen (Subventionsregister), benachteiligten Unternehmen Recht zur Konkurrentenschutzklage einräumen
- Wachstumsbremsen lösen durch generellen Bürokratieabbau, Stärkung der Rolle des Normenkontrollrats
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
  - Eindämmung der Staatsverschuldung
  - Begrenzung der Staatstätigkeit, Deckelung der Staatsquote perspektivisch auf maximal 40 % des BIP
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
  - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
  - Sicherung des Substanzerhalts der öffentlichen Infrastruktur
- Effiziente Produktion der vom Staat bereitgestellten Leistungen
  - Vorrang für Wettbewerb und für private Leistungserstellung
  - Systematische Erschließung von Effizienzreserven
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen
- Entscheidungsprozesse bereits im Vorfeld von Großprojekten partizipativ ausgestalten, auch zum Zweck einer deutlichen Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern

## Weitere Informationen

Die Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere unter anderem zu Energie-, Europa-, Forschungs- oder Umweltpolitik finden Sie zum **Herunterladen** im Internet unter [www.vdma.org/positionen](http://www.vdma.org/positionen)

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die **politischen Interessen** gegenüber der Bundespolitik in Berlin.

Ihr Ansprechpartner dort ist:

Andreas Rade

Telefon +49 30 306946-16

E-Mail [andreas.rade@vdma.org](mailto:andreas.rade@vdma.org)

**Für inhaltliche Fragen** stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung im Competence Center Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen:

Dr. Johannes Gernandt

Telefon +49 69 6603-1829

E-Mail [johannes.gernandt@vdma.org](mailto:johannes.gernandt@vdma.org)

in der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik:

Dr. Ralph Wiechers

Dr. Susanne Krebs

Stephanie Hell-Radke

Telefon +49 69 6603-1374

E-Mail [stephanie.hell-radke@vdma.org](mailto:stephanie.hell-radke@vdma.org)

Frankfurt am Main, im Februar 2017



## **VDMA**

Lyoner Straße 18

60528 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 6603-0

Fax +49 69 6603-1511

Internet [www.vdma.org](http://www.vdma.org)

[www.twitter.com/vdmaonline](https://www.twitter.com/vdmaonline)

[www.facebook.com/vdmaonline](https://www.facebook.com/vdmaonline)

## **VDMA Hauptstadtbüro**

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Telefon +49 30 306946-0

Fax +49 30 306946-20

E-Mail [berlin@vdma.org](mailto:berlin@vdma.org)

## **VDMA European Office**

Boulevard A. Reyers 80

1030 Brüssel

Telefon +32 27 06 82 05

Fax +32 27 06 82 10

E-Mail [european.office@vdma.org](mailto:european.office@vdma.org)

Internet [www.vdma.org/europa](http://www.vdma.org/europa)

**[www.vdma.org](http://www.vdma.org)**